

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

5 **Notruf e. V. absichern und ausreichend finanzieren**

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senator für Gesundheit auf, dafür zu sorgen, dass in den aktuellen Beratungen zum Bremer Haushalt folgende Schritte verwirklicht werden:

10

- Der **notruf e. V.** wird in seinem Bestand nicht in Frage gestellt. Es wird stattdessen eine gesetzliche Regelung getroffen, die die Einrichtung auf Dauer absichert.

15

- Ab dem Haushalt 2014/2015 erhält der **notruf e.V.** dauerhaft mindestens die finanzielle Ausstattung aus öffentlichen Mitteln, wie sie im Haushalt 2012/2013 gewährt wurde.

Begründung:

Der **notruf e. V.** ist die zentrale Anlaufstelle für Opfer sexueller und anderer Gewalt in Bremen. Frauen und Mädchen finden hier ebenso wie Männer und Jungen qualifizierte und umfassende Beratung und Hilfe in Notlagen. Diese Einrichtung ist unverzichtbar und verdient eine angemessene Förderung durch die Stadt Bremen.

Im Doppelhaushalt 2012/2013 war dem Notruf eine Aufstockung der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln gewährt worden. Dadurch konnten die Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr abgebaut und sichergestellt werden, dass Hilfesuchende innerhalb weniger Tage einen Gesprächstermin bekommen können. In den Beratungen für den Bremer Haushalt 2014/2015 soll diese zusätzliche finanzielle Ausstattung wieder gestrichen werden. Eine Streichung oder Kürzung von Mitteln würde bedeuten, dass Gewaltopfer keine fachlich übergreifende Anlaufstelle mehr finden bzw. in akuten Notlagen erst mit langen Wartezeiten Hilfe bekommen.

Wenn es den Notruf nicht mehr gäbe, müsste man ihn neu erfinden. Wenn seine Arbeit durch lange Wartezeiten erschwert und verzögert wird, müsste man sein Budget aufstocken. Wenn man gar nicht erst zulassen möchte, dass diese Situation eintritt, muss man jetzt die Absicherung und Finanzierung der Einrichtung umsetzen.

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.